

Dokumentation

WERNER ABELSHAUSER

ZUR ENTSTEHUNG DER „MAGNET-THEORIE“ IN DER  
DEUTSCHLANDPOLITIK

Ein Bericht von Hans Schlange-Schöninghen über einen Staatsbesuch in  
Thüringen im Mai 1946

Am 31. Mai 1947 umriß Kurt Schumacher vor den politischen Spitzengremien seiner Partei aus Anlaß des Clay-Robertson-Abkommens über die Bildung des Bizonen-Wirtschaftsrates die deutschlandpolitische Hoffnung, die die Sozialdemokraten noch in der westorientierten politischen und wirtschaftlichen Formierung des westlichen Besatzungsgebietes sahen: „Man muß soziale und ökonomische Tatsachen schaffen, die das Übergewicht der drei Westzonen über die Ostzone deklarieren . . . Die Prosperität der Westzonen, die sich auf der Grundlage der Konzentrierung der bizonalen Wirtschaftspolitik erreichen läßt, kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.“<sup>1</sup>

Die „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik war öffentlich begründet. Sie blieb für zwanzig Jahre – und nicht nur für die Sozialdemokratie – das Fundament westdeutscher Hoffnungen auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit. Auf dem Weg der Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit diente sie als deutschlandpolitisches Alibi für eine konsequente Westorientierung, der gegenüber das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung als Gegenstand praktisch-politischen Kalküls immer mehr in den Hintergrund treten mußte.

Ein Jahr vor Schumachers Rede besuchte der ehemalige Reichsminister und Kommissar für die Osthilfe im Kabinett Brüning, Hans Schlange-Schöninghen, als Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Besatzungszone (ZEL) und auf Einladung der Thüringischen Staatsregierung Weimar. Sein in einer geheimen Denkschrift an die britische Militärregierung (Dokument 6) zusammengefaßter Eindruck von dieser Reise beweist, daß die Konzentration der westdeutschen Politik auf den Aufbau „ihrer“ Zonen weder allein

---

<sup>1</sup> Vorstand der SPD, Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Ein dokumentarischer Nachweis der gesamtdeutschen Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Initiativen, Bonn 1953, S. 26 f.

dem deutschen Bedürfnis nach sekundärer Rationalisierung alliierter Entscheidungen im beginnenden Ost-West-Konflikt entsprach noch gar Ausfluß des spezifischen deutschlandpolitischen Dilemmas der deutschen Sozialdemokratie nach der Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien in der Ostzone und im Ostsektor Berlins war. Die Forderung nach Organisation der drei westlichen Zonen „im Sinne einer zielklaren Westpolitik“, die Schlange-Schöningen „als deutscher Patriot“ im Mai 1946 an die britische Besatzungsmacht richtete<sup>2</sup>, belegt im Gegenteil ein frühes und originär deutsches Interesse an einem westorientierten Lösungsweg in der deutschen Frage<sup>3</sup>. Tatsächlich erschien auch national denkenden Deutschen schon Anfang 1946 kein Umweg zur deutschen Einheit zu weit, der eine Konfrontation mit den „wirklichen Zuständen“<sup>4</sup> des russischen Besatzungsgebietes vermeiden half.

Für eine Politik des direkten Weges zur Wiederherstellung von Gesamtdeutschland, der in jedem Fall über eine sowjetische Mitbestimmung beim inneren Aufbau und in der auswärtigen Politik von Nachkriegsdeutschland geführt hätte, fand sich unter den nicht-kommunistischen Kräften in Westdeutschland kein Adressat von Bedeutung.

Grundsätzlich hätte sich eine solche Neuorientierung der deutschen Politik im Einvernehmen mit der Sowjetunion auf zwei Träger stützen müssen: auf die Arbeiterschaft und auf jenen Teil des Bürgertums, der eine Ostorientierung der preußischen Politik im 19. Jahrhundert und die „Rapallo-Politik“ der Weimarer Republik mitgetragen hatte. Aus sowjetischer Sicht mußte Hans Schlange-Schöningen als Vertreter dieses (ost-)deutschen Bürgertums erscheinen, das nach 1945 auch das naheliegendste Interesse an der Wiederherstellung der nationalen Einheit entwickelte. Hinzu kommt, daß Schlange auch als Leiter des ZEL tagtäglich mit den konkreten Auswirkungen der deutschen Teilung konfrontiert war.

Bis zu seiner Berufung an die Spitze des ZEL gehörte Hans Schlange-Schöningen zu den aussichtsreichsten Bewerbern um die Führung der CDU, in der er „alle Kräfte rechts von der Sozialdemokratie“ sammeln wollte, einer Sozialdemokratie, der er „aufrichtig“ wünschte, „daß es ihr gelingen möge, in klarer Front-

<sup>2</sup> Dokument 6.

<sup>3</sup> Allerdings versuchte fast zur selben Zeit der Zonenbeirat der britischen Zone auf der „Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung“ vom 21. und 22. Juni 1946 (W. Abelshäuser, *Freiheitlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft?*, in: VfZ 24 (1976), S. 415–449) bei Anwesenheit von Politikern und Beamten aus allen Zonen eine Wirtschaftsordnung zwischen Ost und West zu finden, die geeignet erschien, einem weiteren Auseinanderleben der Zonen auf wirtschaftspolitischem Gebiet entgegenzuwirken. Schlange-Schöningen hielt offenbar zu diesem Zeitpunkt seine gerade gewonnenen Erkenntnisse noch nicht für deutsche Ohren bestimmt: obwohl anwesend, ergriff er nicht das Wort.

<sup>4</sup> Dokument 6.

stellung gegen die Kommunisten die große, bejahende Arbeiterpartei zu werden, etwa wie England sie in der Labourpartei besitzt“<sup>5</sup>.

In den folgenden Jahren verlor er allerdings Zug um Zug seine Basis in der Union. Eine eigenständige Gruppierung der Vertriebenen und Flüchtlinge lehnte er als „Interessenten-Partei“ wegen des seiner Meinung nach zwangsläufig damit verbundenen Radikalismus ab<sup>6</sup>. Eine Formierung der protestantischen Kräfte in der Union stieß ebenso auf seine Ablehnung wie die Wiederbelebung des „katholischen, ultramontanen Charakters“ des alten Zentrums<sup>7</sup>. Seinen Anhang in den landwirtschaftlichen Kreisen verprellte der Ernährungsdirektor der Bizonenverwaltung, indem er sich weigerte, „in eine egoistische Landbundpolitik alter Art einzuschwenken, die das Hurra der Bauern und die Verzweiflung der Verbraucher zur Folge hätte“<sup>8</sup>. Auch sein Eintreten für eine – wenn auch maßvolle und agrarwirtschaftlich begründete – Bodenreform in der britischen Zone<sup>9</sup> stieß im eigenen konservativen Lager weitgehend auf Ablehnung. Mit Adenauer führte er eine erbitterte Kontroverse um das Ziel der „Großen Koalition“, die er – nicht nur aus der Sicht seines Ressorts – für nötig hielt, während Adenauer sie vor allem unter Hinweis auf den grundsätzlichen Dissens mit den Sozialdemokraten in der Frage der Wirtschaftsordnung strikt ablehnte<sup>10</sup>. Vor diesem Hintergrund mußte Schlanges ordnungspolitischer Standpunkt innerhalb der Union wie eine Provokation wirken: „Auf dem Sachgebiet, das meiner Verantwortung unterstellt werden soll, scheint mir kein politischer Raum mehr für ein freies Spiel kapitalistischer und liberalistischer Kräfte zu bestehen. Ich sehe vielmehr auf absehbare Zeit den einzigen Weg, um der derzeitigen und der kommenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in einem vorbehaltlosen Bekenntnis zu einer gelenkten Planwirtschaft.“<sup>11</sup>

Einen dezidiert unabhängigen Standpunkt, ohne Rücksicht auf Zustimmung oder Ablehnung von Standesgenossen und Parteifreunden, nahm Schlange-Schönningen auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein. Seine Arbeit als Kommissar für die Osthilfe im Kabinett Brüning trug diesem binnen Halbjahresfrist den

<sup>5</sup> Zitate aus Schlanges Rundschreiben 1 und 2, die Adenauer in einem Schreiben an Schl. vom 29. 1. 46 heftig angriff; Bundesarchiv (künftig zit.: BA), Z 6 I/142, fol. 120 f. A. kritisierte vor allem die Gleichstellung der SPD mit der Labourpartei und hielt dagegen, „daß hinsichtlich Wählerschaft und Abgeordneten der Labourpartei eine Parallele zwischen ihr und der CDU viel eher gezogen werden kann als zwischen ihr und der SPD“.

<sup>6</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 1, zitiert in: H. G. Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 163.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Schl. an Adenauer am 29. 8. 49; BA, Z 6 I/142, fol. 2f, Abschrift vom Entwurf.

<sup>9</sup> Vgl. G. J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975, S. 49 ff.

<sup>10</sup> K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 224 ff.

<sup>11</sup> Schreiben an den Leiter der Abt. für Landwirtschaft und Ernährung der Britischen Militärregierung, Hollins, am 23. 4. 46; BA, Z 6 I/17, fol. 192.

maßlosen Vorwurf des „Agrarbolschewismus“ ein und führte – wenigstens vordergründig – zum frühen Ende der Ära Brüning. Mit seinen maßvollen Siedlungsplänen für den verschuldeten ostelbischen Großgrundbesitz brachte er ausgerechnet diejenigen gegen sich auf, deren wohlverstandenes Interesse er seit 1920 im preußischen Landtag und seit 1924 im Reichstag vertrat. Schon 1930 – wenige Monate nach Hugenberg's Wahl zum Parteivorsitzenden – war er aus der DNVP ausgetreten, deren pommersche Parteileitung er bis dahin innegehabt hatte. Nach seiner Entlassung als Minister am 1. Juni 1932 durch den Reichspräsidenten Hindenburg zog er sich nach Schöningen zurück. Nur am Rande wurde er in die Vorbereitungen des Staatsstreiches vom 20. Juli 1944 verwickelt<sup>12</sup>. Im Kabinett Goerdeler sollte er das Ernährungsressort übernehmen<sup>13</sup>.

Mit dieser politischen Vergangenheit war Schlange-Schöningen gewiß ein potentieller Adressat sowjetischer Bündnispolitik mit dem deutschen Bürgertum. Die Einladung und vor allem der hohe protokollarische Rang, der dem Besucher sowjetischerseits zugestanden wurde (Dokument 5), deuten in diese Richtung. Die fast ängstliche Besorgnis des Chefs der sowjetischen Militär-Administration (SMA) von Thüringen, Kolesnitschenko, nicht selbst als Einlader zu fungieren, spricht nicht gegen diese Vermutung (Dokument 2). Sie ist lediglich typisch für die Taktik auch hoher sowjetischer Funktionsträger, bei politisch riskanten Unternehmungen die sichtbare Übernahme von Verantwortung so lange zu meiden, wie der Erfolg der Aktion ungewiß ist. Andererseits gab sich gerade die sowjetische Seite alle Mühe, den Gast von den Vorzügen des sowjetischen Besatzungsregimes zu überzeugen („Warum hungern Sie in der britischen Zone, hier gibt es soviel zu essen?“)<sup>14</sup>. Sicher war der materielle Aufwand, den die Thüringische Landesregierung treiben konnte und der in krassem Gegensatz stand zu den geradezu primitiven Verhältnissen, unter denen deutsche Politiker im Westen leben und arbeiten mußten, geeignet, auf deutsche Politiker korrumpierend zu wirken, die weniger als Schlange-Schöningen mit einem sicheren Empfinden für politischen Stil ausgestattet waren.

Aber auch von der Szene der Staatsempfänge abgesehen, konnte im Mai 1946 der organisatorische und materielle Standard der Ostzone im Vergleich mit dem westlichen Besatzungsgebiet durchaus positiv abschneiden. Während in der britischen Zone im 2. Quartal 1946 erst ein Drittel der Vorkriegsindustrieproduktion erreicht wurde, produzierte die Ostzone vermutlich schon die Hälfte ihres Vor-

<sup>12</sup> H. Schlange-Schöningen, *Am Tage danach*, Hamburg 1946, S. 190–195; Schl. erschienen die innenpolitischen Pläne Goerdelers „teils phantastisch, teils Rudimente einer überlebten Vergangenheit“.

<sup>13</sup> G. Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, S. 602 (Anhang IX).

<sup>14</sup> Dokument 6; diese Passage der Denkschrift ist sicher auch als indirekte Kritik des ZEL-Chefs an der britischen Militärregierung zu verstehen.

kriegsausstoßes<sup>15</sup>. Schlanges Gastgeber verfügten bereits seit dem 22. Oktober 1945 über Exekutivbefugnisse und das Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, soweit sie den Gesetzen und Befehlen des Kontrollrates nicht widersprachen. Schlange selbst erhielt die Exekutive „über alle Angelegenheiten, die unter die Befugnisse und in den Bereich des Zentralamtes fallen“ – unter derselben Einschränkung – erst mit Wirkung vom 1. August 1946<sup>16</sup>. Er hatte deshalb während des 2. Quartals 1946, als die Normalverbraucher-Rationen in der britischen Zone an der kritischen 1000-Kalorien-Marke lagen, zwar in der Öffentlichkeit Verantwortung zu tragen, verfügte jedoch über keine eigene Gestaltungsmöglichkeit<sup>17</sup>. In der Ostzone dagegen – und nicht nur im agrarisch strukturierten Thüringen – lebte der Normalverbraucher 1946 deutlich besser. Noch 1947 war die Versorgungslage in der Ostzone genau so gut (oder schlecht) wie in der amerikanischen Zone und bedeutend besser als in der britischen<sup>18</sup>. Auch auf einem weiteren Gebiet, dem Schlange besonderes Interesse galt, hatte die sowjetische Zone eine positive Bilanz aufzuweisen. Bis zum Februar 1946 kamen im Zuge der Bodenreform 320 000 Menschen in den Besitz eigenen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Viele von ihnen waren Heimatvertriebene<sup>19</sup>.

Schlange-Schöningen hielt auch in der britischen Zone eine Bodenreform für notwendig. Begründung und Maßgabe seines Vorschlages im Sommer 1946 markieren aber die Grenzlinie zur ostzonalen Bodenreform, die er nicht zu überschreiten bereit war<sup>20</sup>. Die Maximalgrenze des Großgrundbesitzes legte er auf 150 ha fest, weil „es gerade in der britischen Zone eine ganze Reihe von hervorragenden großbäuerlichen Betrieben bis zu 150 ha (gibt), die seit Jahrhunderten in derselben Familie sind und gut bewirtschaftet werden“<sup>21</sup>. Außerdem müsse man „genügend Spielraum für eine geistige bäuerliche Führungsschicht lassen“<sup>22</sup>. Die

<sup>15</sup> Vgl. W. Abelshäuser, Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945 bis 1953, in: Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. v. H. A. Winkler, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5), S. 226; Economic Data on Potsdam Germany, Special Report of the Military Governor (OMGUS), Sept. 1947, S. 17; Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, Oberursel/Taunus 1948, S. 101; Verhältnis der aml. Zahlen: 30/40.

<sup>16</sup> Food and Agriculture Instruction No. 108, abgedr. in: H. Schlange-Schöningen (Hrsg.), Im Schatten des Hungers, Hamburg 1955, S. 299.

<sup>17</sup> Vgl. W. Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975, S. 152–158.

<sup>18</sup> Entscheidend war das strenge Ablieferungssystem, nicht eine günstigere Agrarstruktur; vgl. J. P. Nettel, Die deutsche Sowjetzone bis heute, Frankfurt/Main 1953, S. 163 f.

<sup>19</sup> Im Verlauf der Bodenreform wurden insgesamt 3,3 Millionen Hektar Bodenbesitz enteignet. Das sind 35 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Ostzone. Davon wurden 2,2 Mio. ha an rund 600 000 Landbewerber verteilt, darunter 120 000 landlose Bauern und 91 000 Umsiedler. Vgl. W. Ulbricht, Die demokratische Bodenreform – ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte, in: Einheit 10 (1955), S. 849 f.

<sup>20</sup> ZEL, Grundgedanken eines Gesetzes zur Bodenreform; BA, Z 6 I/162, fol. 189–196. (Vgl. dazu auch Trittel, Bodenreform, S. 48–51.)

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ebenda.



Notwendigkeit der Bodenreform in der britischen Zone war für ihn agrarwirtschaftlich begründet, weil die bestehende Besitzstruktur<sup>23</sup> dem für ihn zwangsläufigen Trend zur Veredelungswirtschaft im Wege stand. Dagegen sollte die Bodenreform in der Ostzone in erster Linie „die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte“<sup>24</sup>. Für den staatskonservativen und bei aller sozialen Dynamik traditionalistisch denkenden Agrarpolitiker Schlange-Schöningen war dies ein Beleg dafür, daß es sich dabei „gar nicht um Bodenreform, sondern um Vernichtung der Intelligenz (handelte), wie das in Rußland der Fall war“ (Dokument 6).

Tatsächlich schien keiner der „objektiven“ Vorzüge der Ostzone – weder der Aufbau einer funktionierenden und großzügig organisierten deutschen Verwaltung noch der im Vergleich zu den Westzonen relativ erträgliche Lebensstandard, noch ein konstruktiver Ansatz zur Ansiedlung der Heimatvertriebenen im Rahmen der Bodenreform – geeignet, die „höchst wirksame antibolschewistische Sperre“ zu überwinden, die eine aus vielfältigen Motiven gespeiste Rußlandfeindschaft des deutschen Bürgertums auch in Schlange-Schöningen aufgerichtet hatte<sup>25</sup>. Sowjetische Bekenntnisse zur Einheit des Reiches, gegen eine Sowjetisierung und für einen pluralistischen Parteaufbau in der Ostzone hätten auch für eine nichtkommunistische gesamtdeutsche Regierung gewiß Ansatzpunkte für eine Außenpolitik geboten, die auch sowjetische Interessen zu berücksichtigen in der Lage gewesen wäre. Doch gerade diese Konstellation – so eine wesentliche Überzeugung, die Schlange aus Thüringen zurückbrachte – war auf absehbare Zeit nicht gegeben. Mit einer Sowjetunion, die „dieses Land für lange Zeit nicht räumen“ oder doch wenigstens „in keinem Fall ihren politischen Einfluß aus der Hand geben“ würde (Dokument 6), war ein *modus vivendi* für das von Schlange repräsentierte Bürgertum ebensowenig zu finden wie für die unter Schumacher auf antikommunistischem Kurs liegende Arbeiterschaft in den Westzonen und den Westsektoren von Berlin. Anders als Adenauer, der schon am 31. Oktober 1945 in einem Brief an den damaligen Oberbürgermeister von Duisburg, Weitz, in kühl-resignativer Analyse die Spaltung Europas konstatierte und alle weiteren Überlegungen nur noch dem Verhältnis „des nicht von Rußland

<sup>23</sup> In der britischen Zone gab es 1946 etwa 6000 Betriebe, deren Fläche 100 ha überstieg. Sie machten 6,9 vH der gesamten Nutzfläche aus, in Schleswig-Holstein rund 13 vH; vgl. Trittel, *Bodenreform*, S. 22.

<sup>24</sup> Verordnung der Provinz Sachsen über die Bodenreform vom 3. Sept. 1945, Art. 1, abgedr. in: *DDR 1945–1970*, hrsg. v. E. Deuerlein, München 5. Aufl. 1975, S. 51.

<sup>25</sup> Vgl. H.-P. Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied und Berlin 1966, S. 658 f.; kennzeichnend dafür die Charakterisierung des kommunistischen Rußland in einer Denkschrift der Verschwörer des 20. Juli 1944 als „System des Kollektivismus, der Seelenlosigkeit, des mechanischen Organisierens und der Gottlosigkeit“ (Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. v. Archiv Peter, Stuttgart 1961, K. B. 21. 11. 44, S. 495).

besetzten Teiles Deutschlands“ zu seinen westlichen Nachbarn widmete<sup>26</sup>, sah Schlange-Schöninggen in der ökonomischen Blockbildung gegen die Sowjetunion allerdings ein Instrument einer aktiven Deutschlandpolitik. Der von ihm geforderte Magnetismus der Westzonen sollte – entgegen allen Regeln der Physik – so wirken, „daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben“ (Dokument 6).

Der unmittelbare Anlaß zu Schlange-Schöninggens Reise nach Weimar war nicht gerade bedeutend. Offiziell diente sein Besuch der Fortsetzung von Wirtschaftsverhandlungen zwischen Thüringen einerseits und Westfalen und Hannover andererseits. In der ersten Runde, zu der der Direktor des Thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft, Hans Lukaschek<sup>27</sup>, Ende April 1946 nach Hamburg gekommen war, wurde ein Tauschgeschäft Vieh gegen Sämereien verhandelt, das aber nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Aus einer Vorlage für Schlange-Schöninggen vom 4. Mai 1946<sup>28</sup> geht hervor, daß das Kompensationsgeschäft im großen Stil in den Kontrollrat hineingezogen wurde. Es konnten also aus den Weimarer Verhandlungen insoweit nur äußerst begrenzte Abschlüsse hervorgehen. Zudem „empfahl“ die britische Militärregierung, „die bisherigen Verhandlungen mit Thüringen in diesem Geschäft auslaufen zu lassen“<sup>29</sup>. Vor Antritt der Fahrt wußten also beide Seiten, daß ihr „geschäftliches“ Ergebnis keine Reise wert war<sup>30</sup>. Immerhin lieferte das geplante Kompensationsgeschäft, das in den Berichten (Dokument 5 und 6) später kaum noch Erwähnung findet, einen plausiblen Anlaß für einen ungewöhnlichen Staatsbesuch<sup>31</sup>.

#### Dokument 1<sup>32</sup>

Deutsche Reichspost, Telegramm aus 516 S Weimar F GR 3 41/39 23 1200 = aufgen. am 27. 4. 46 8h 42 an Minister Schlange-Schöninggen, S(c)hellhaus Hamburg (eingegangen am 29. 4. in ZEL, v.J.)<sup>33</sup>

ICH LADE SIE HERZLICH EIN ZUR FORTSETZUNG UNSERER WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN IN DER NÄCHSTEN WOCHE NACH WEIMAR ZU KOMMEN TAG UNGEFAEHRE ZEIT UND GRENZUEBERTRITTSTELLE WOLLEN SIE UNS BITTE RECHTZEITIG AUFGEBEN = DR PAUL PRAESIDENT DES LANDES THUERINGEN<sup>34</sup>

<sup>26</sup> Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 39 f.

<sup>27</sup> Siehe Dok. 5, Fußnote 42.

<sup>28</sup> BA, Z 6 I/198.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Ein Informationsaustausch über die Modalitäten des Besuchs fand auf britische Initiative auch im Kontrollrat statt.

<sup>31</sup> Alle Pässe, die Schl. für das Unternehmen benötigte, nahmen auf den geschäftlichen Anlaß Bezug. Die britische „Militärregierungs-Befreiung“ Nr. M 773901, die Schl. den Transfer durch die amerikanische Zone ermöglichte, nannte als Zweck der Reise „business affairs“; der dreisprachige Passierschein Nr. 1683, ausgestellt vom „Chef der SMA für das Land Thüringen“ für „Minister v. Schlange-Schöninggen“ (sic!), wies diesen als „Beauftragten der Firma Landwirtschaftsministerium Hamburg“ aus (BA, Z 6 I/198).

<sup>32</sup> BA, Z 6 I/198. Aus diesem Bestand stammen auch die anderen der abgedruckten Dokumente.

<sup>33</sup> Handschriftlicher Eingangsvermerk.

<sup>34</sup> Folgt handschriftlich englische Übersetzung.

## Dokument 2

Land Thüringen  
Landesamt für Land- und Forstwirtschaft  
IX A Dr. L/Ma.

Weimar, den 7. Mai 1946  
(Karl-Marx-Platz)<sup>35</sup>  
Schwanseestraße  
Kreishaus  
Tel.Nr. 240, 261-263, 377

Hochverehrter Herr Minister!

Herr Oberlandwirtschaftsrat Dr. OTTO, den Sie bei meinem Besuch in Hamburg auch persönlich kennengelernt haben, überbringt Ihnen im Auftrage des Herrn Landespräsidenten Dr. Paul die in der Anlage beigefügte Einladung in deutschem und russischem Text.

Ich wäre Ihnen herzlich dankbar, wenn die Möglichkeit bestünde, daß Sie am 10. und 11. Mai der Einladung des Herrn Landespräsidenten Dr. Paul folgen können. Herr Landespräsident Dr. Paul bittet diese Tage zu wählen, weil er in der nächsten Woche für einige Zeit aus gesundheitlichen Gründen in Urlaub gehen muß und er sehr gern vorher mit Ihnen sprechen würde.

Ich habe auf das Gespräch, das Oberlandwirtschaftsrat Sylla mit Herrn von John führte<sup>36</sup>, Herrn Garde-General-Major Kolesnitschenko gebeten, diese Einladung durch einen von ihm selbst geschriebenen Vermerk noch zu bestätigen, um damit auch dem britischen Oberkommando gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß auch von Seiten der russischen Besatzungsbehörden Ihr Besuch begrüßt und erwünscht sei.

Herr Garde-General-Major Kolesnitschenko, bei dem zufällig beim Vortrag dieser Bitte Herr Landespräsident Dr. Paul anwesend war, äußerte darauf, daß er die Einladung und den Text der von mir unterschriebenen Einladung ausdrücklich billige, das (!) er aber bitte davon Abstand zu nehmen, daß er persönlich noch einen schriftlichen Vermerk darunter setze. Er hielt das für unnötig, weil ja meine und des Landespräsidenten Dr. Paul erfolgte Einladung ausdrücklich von ihm gebilligt und begrüßt wurde.

Ich konnte in meinem Ersuchen nicht nachdrücklich werden, noch einen persönlichen Vermerk durch ihn darunter zu setzen, weil er merkte, daß das der Ausdruck eines gewissen Mißtrauens seiner mündlichen Erklärung gegenüber gewesen wäre. Deshalb bitte ich es mit meiner feierlichen Erklärung, daß Ihr Besuch allerseits und insbesondere durch den Herrn Garde-General-Major begrüßt würde, genügen zu lassen und das gegebenenfalls auch der britischen Besatzungsbehörde gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe Herrn Garde-General-Major Kolesnitschenko auch noch gebeten, für Sie einen besonderen Paß auszustellen. Auch das erklärte Herr Garde-General-Major für unnötig und auch für nicht üblich, denn bei Grenzüberschreitungen von der anderen Seite würde ja der Paß von britischer Behörde ausgestellt und nicht von der russischen. Er erklärte aber ausdrücklich, daß er Sie bitten lasse, den Grenzübertritt in Gerstungen Kreis Eisenach vorzunehmen und daß dort irgendwelche Schwierigkeiten nicht entstehen würden.

<sup>35</sup> Im gedruckten Briefkopf gestrichen.

<sup>36</sup> Der persönliche Referent Schlanges, von John, hatte telephonisch um sowjetische Bestätigung der Einladung gebeten. Er folgte damit einer Aufforderung des Controller General Food and Agriculture Branch, J. Hollins, an Schlange vom 3. Mai, die Einladung nicht ohne einen solchen schriftlichen Nachweis anzunehmen.



Unsererseits werden, wenn Sie uns den Zeitpunkt Ihres Eintreffens in Gerstungen mitteilen, alle Vorbereitungen getroffen werden, um Sie dort zu begrüßen und Ihnen den Grenzübertritt in jeder Hinsicht zu erleichtern. Auch die russische Grenzbehörde wird dann entsprechend informiert sein. Sie werden von einem Beauftragten des Herrn Landespräsidenten oder einem meiner Herren dort empfangen und zu uns geleitet werden.

Herr Dr. Otto wird Ihnen mündlich nähere Informationen geben und Ihnen jederzeit behilflich sein.

Die Einladung gilt selbstverständlich auch für die Herren, die Sie zu Ihrer Begleitung bestimmen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, in froher Erwartung Sie hier begrüßen zu können, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und Verehrung.

Ich bin Ihr

gez. sehr ergebener Lukaschek

#### Dokument 3

Land Thüringen  
Landesamt für Land- und Forstwirtschaft  
VI

Weimar, den 7. Mai 1946  
Karl-Marx-Platz  
Tel.Nr. 240, 261-263, 377

An den  
Bevollmächtigten für die Ernährung  
in der britisch besetzten Zone,  
Herrn Minister a.D. von Schlange-Schöningen,  
Hamburg

Im Einverständnis mit dem Herrn GARDE-GENERAL-MAJOR KOLESNITSCHENKO, SMA Weimar, lade ich Sie im Auftrage des Herrn Präsidenten für das Land Thüringen, Dr. Paul, für den 10. und 11. Mai zu einem Besuch in Weimar ergebenst ein.

Dienstsiegel

gez. Dr. Lukaschek  
(Vizepräsident und Landesdirektor)

#### Dokument 4

Food, Agriculture and Forestry Division,  
Main H.Q.  
Control Commission for Germany, (B.E.) Hamburg  
B. A. O. R.  
To: Russian Military Government

Dr. Schlange-Schöningen, Chief of Zentralamt, Hamburg has been invited to visit WEIMAR on 10th and 11th May, by Dr. Paul, President of the Land Thüringen.

This invitation has been extended with the consent and approval of Major-General of the Guards Kolesnitschenko, SMA Weimar.

This visit is being made with our knowledge and approval and it would be appreciated if every assistance be given to Dr. Schlange-Schöninghen who will be accompanied by Oskar von John und Max Markmann (driver). The party will be met at GERSTUNGEN by a Deputy of the Landespräsident and it is understood the Russian boundary authorities have been notified.

gez. Griffin, Group Captain  
for Chief, F.A.F. Division

#### Dokument 5<sup>37</sup>

#### Reise nach Weimar in Stichworten

##### 1. Der tatsächliche Verlauf:

Abfahrt Sonnabend, den 11. Mai 09.30 Uhr vormittags ab Shellhaus<sup>38</sup>. Dreistündige Verspätung, da Schwierigkeiten wegen amerikanischen Permits. Glatte Fahrt, Mittagessen in Pattensen bei Lange-Heinecke. Telefon Pattensen 161. Weiterfahrt über Göttingen, Hann.Münden, Hersfeld. Von Göttingen bis Hersfeld, auffallend schlechte Straße. Herrliche Landschaft. Werra-Tal. 19.30 Uhr Eintreffen am amerikanischen Schlagbaum auf Autobahn. Empfang durch Thüringische Staatsregierung, Vertreter des Landespräsidenten Dr. Paul<sup>39</sup>. Herr Staats<sup>40</sup>, Chef der Präsidentialabteilung, begleitet von einem russischen Oberstleutnant als Vertreter des Gardegenerals Koliestnischenko<sup>41</sup> und einem russischen Kapitän als Vertreter der Kommandantur

<sup>37</sup> Verfasser ist Oskar von John, der persönliche Referent Schlanges. Die erste Seite des Dokuments trägt die handschriftlichen Vermerke v. Johns: „für Herrn Minister per. Unterlagen, v. J.“, „Disposition für englischen Bericht“ und „Geheimbericht für Tagebuch wird mehr feuilletonistisch“.

<sup>38</sup> Sitz des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg.

<sup>39</sup> Rudolf Paul, geb. am 30. 7. 1893 in Gera, wurde nach Übernahme Thüringens durch die sowjetische Besatzungsmacht am 17. 7. 1945 zum Landespräsidenten ernannt. Paul trat 1923 als politischer Rechtsanwalt gegen Nationalsozialisten und Angehörige der schwarzen Reichswehr auf. Nach 1933 erhielt er deswegen Berufsverbot, sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Nach 1945 setzte ihn die US-Militärregierung in Gera zum Oberbürgermeister ein. Das Mitglied der DDP bis 1933 war nach dem Kriege zuerst parteilos und trat schließlich am 6. 4. 1946 in die SED ein. Am 11. September 1947 drohte ihm Entlassung und Verhaftung durch die sowjetische Militäradministration (SMA), der er sich aber schon am 1. September durch Flucht in die amerikanische Zone entzogen hatte. Paul hatte offen gegen die SED und die wirtschaftliche Ausbeutung der SBZ durch die SMAD Stellung bezogen. Nach seiner Flucht ließ er sich in Frankfurt/M. als Rechtsanwalt nieder.

<sup>40</sup> Richtige Schreibweise: Staas. Dr. Staas war der engste Mitarbeiter Pauls und wurde schon vor dessen Flucht in den Westen seines Amtes enthoben.

<sup>41</sup> Richtige Schreibweise: Kolesnitschenko. Garde-General-Major K. war Chef der SMA für das „Land Thüringen“.

Eisenach. Amerikanischer Posten läßt nach einigen Verhandlungen passieren. Abfahrt 20.00 Uhr am russischen Schlagbaum. Minister mit Staats im 130-PS-Maybach des Landespräsidenten. Vizepräsident Lukaschek<sup>42</sup> mit John hinterher im Audi. Kurzer Aufenthalt hinter Eisenach mit Blick auf die Wartburg. Picknick, Moselwein, freundliche Unterhaltung mit russischen Offizieren. Eintreffen 20.40 Uhr Hotel Augusta Weimar, am Bahnhof. 70 km in knapp 40 Minuten. Polizei-offizier als Fahrer. Anschließend 21.00 Uhr Essen bei Landespräsident Dr. Paul, Privatwohnung. Anwesend Herr und Frau Dr. Paul, Frau Bauer, deutsch-russische Dolmetscherin, Herr Staats, Lukaschek, John. Kurz darauf erscheint General K. Liebenswürdige Begrüßung, glänzendes Essen. Noch bessere Getränke. Zusammensein bis 03.00 Uhr nachts. Abend beherrscht von Diskussion Minister und General K.

Sonntag, den 12. Mai, Frühstück, Aufbruch 08.50 Uhr nach Frankenhausen zur Teilnahme am Jagdfrühstück. Einladung durch Generaloberst Tschuikow<sup>43</sup> auf der Rotenburg, neben Kyffhäuser. Herrlicher Laubwald, schönstes Wetter, Tschuikow-Gardegeneraloberst erscheint um 12.00 Uhr. Minister rechts von T. bei Tisch. Alles zwanglos gruppiert, T. in Begleitung von etwa 30 Offizieren, darunter 3 Generälen und seinem gesamten Generalstab. T. ist Oberbefehlshaber der russischen Armee in Mitteldeutschland, „Retter des Vaterlandes“, einzigartige Ehrung. Beginnt mit Toast auf den Minister, Minister antwortet kurz und wirkungsvoll, Jagdfrühstück dauert bis 15.00 Uhr. Im Anschluß Fortsetzung der Jagd. Minister besichtigt mit Lukaschek und den Herren des Landwirtschaftsministeriums die Staatsdomäne Frankenhausen, eingehende Führung durch Ställe und über Felder. Ferner Besuch eines Staatsgutes. Rückkehr 20.00 Uhr Weimar. 21.00 Empfang bei Vizepräsident Lukaschek, anwesend sämtliche Spitzenvertreter Thüringens von Staat und Partei. Nur Deutsche. 1. Vizepräsident Busse<sup>44</sup>, SED. 2. Vizepräsident Dr. Appell<sup>45</sup>, Eggerath<sup>46</sup>, Vorsitzender der

<sup>42</sup> Dr. Hans Lukaschek, geb. am 22. 5. 1885 in Breslau, war Direktor des Thüringischen Landesamts für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Der katholische Jurist war bis 1933 Mitglied der Zentrumsparlei, ab 1916 Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien), ab 1919 dort Landrat, 1922–27 Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien in Kattowitz und schließlich von 1929 bis 1933 Oberpräsident von Oberschlesien. Am 20. Juli 1944 wurde der Rechtsanwalt in Breslau verhaftet und in das KZ Ravensbrück eingeliefert. Nach 1945 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Thüringen und war bis zu seiner Amtenhebung im September 1946 Minister für Land- und Forstwirtschaft und 3. Vizepräsident Thüringens. Im Westen war er zuerst Amtsgerichtsrat in Königstein/Ts., dann ab April 1948 Vizepräsident des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln. In der ersten Regierung Adenauer übernahm der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Ostvertriebenen und des Hauptamtes für Soforthilfe (Lastenausgleich) das Vertriebenenressort.

<sup>43</sup> Wassilij Iwanowitsch Tschuikow war Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland. Er wurde am 29. 3. 1949 als Armeegeneral Chef der SMAD.

<sup>44</sup> Ernst Busse, früher KPD, war in der Staatsregierung für das Innenressort zuständig. Amtenhebung im Mai 1947.

<sup>45</sup> Richtige Schreibweise: Appelt. Dr. Georg A. war für Wirtschaftsplanung zuständig, später Minister für Arbeit und Sozialwesen.

<sup>46</sup> Werner Eggerath, geb. am 16. 3. 1900 in Elberfeld, Arbeiter, seit 1924 Mitglied der KPD. Ab 1935 in Haft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Nach 1945 Landrat, Mansfelder Sekretär und schließlich Bezirksleiter der KPD Thüringen. Für die SED Mitglied d. Landtages. Nach der Entlassung Pauls bis 1952 Thüringischer Ministerpräsident, danach Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR, 1954–57 Botschafter in Rumänien, danach Staatssekretär für Kirchenfragen. 1961 Rücktritt.

KPD., Gärtner<sup>47</sup>, Präsident der Landesbank, Grosse<sup>48</sup>, Vorsitzender der CDU., Schneider, Generalsekretär der CDU., Katholische Geistliche, etc. Schluß Mitternacht.

Montag, den 13. Mai:

Sitzung im großen Sitzungssaal der Thüringischen Landesregierung in der Landesbank, Vorsitz Lukaschek. Anwesend Vertreter des Wirtschaftsstabes der Landesregierung, des Landwirtschaftsministeriums, der Banken usw.

Thema Kompensationsgeschäfte, Pferde aus britischer Zone für Lebensmittel. Ende 12.30 Uhr. Beginn 10.00 Uhr, vorher kurze vertrauliche Besprechung Lukaschek/Minister.

13.00 Uhr offizielles Staatsdiner im Hotel „Augusta“. Anwesend Vizepräsidenten, Staats, alle Leiter der einzelnen Landesverwaltungen. 16.00 Uhr offizielle Kabinettsitzung zu Ehren des Ministers. Begrüßung durch Dr. Paul, betont herzlich. Rundfunk eingeschaltet. Antwort von Dr. Schlange. Einigkeitsmoment betont, Forderung nach Niederlegen der Zonengrenzen. Anschließend Frage und Antwort durch Pressevertreter und alle sonstigen Beteiligten. Ende 17.00 Uhr. Fotografen, Abfahrt im Maybach des Präsidenten nach Gerstungen zur amerikanischen Zone. Übergang gescheitert, angeblich neue Befehle, niemanden von russischer nach amerikanischer Zone zurückzulassen. Rückfahrt nach Weimar, Eintreffen 22.00 Uhr. Grenzübertritt in englische Zone bei Heiligenstadt vorbereitet.

Dienstag, den 14. Mai:

Besprechungen im Hotel mit Vertretern der Staatsregierung, Polizeipräsident, Landrat Heiligenstadt Dr. Schäfer. Abfahrt zur Grenze 14.00 Uhr nach dem Essen. Eintreffen Heiligenstadt 16.00 Uhr, Überschreiten der Grenze 17.00 Uhr, schwierige Verhandlungen mit russischen Grenzposten, NKWD-Truppe<sup>49</sup> erkennt russischen Paß von General K. nicht an, läßt uns aber dann nach 20minütigen Verhandlungen durch. Englischer Schlagbaum ohne jede Schwierigkeit passiert, Rückfahrt über Göttingen nach Pattensen, Eintreffen 20.00 Uhr, Übernachtung.

## 2. Charakteristik der Russen

Äußerlich: Generale und Stabsoffiziere gute Haltung, schlichter Anzug, verhältnismäßig sauber, sinkt ab nach unten, unrasiert und schmutzige Fingernägel keine Seltenheit. Bei allen Mahlzeiten wird geraucht. Untere Dienstgrade sehr schlecht gepflegt. Wirkungsvoll die breiten Schulterstücke, Hang zu Lametta, viele Orden und Medaillen, überall gute Stiefel mit herrlichem weichen Leder. Schlechte Manieren bei Tisch. Innere Haltung: offenes, herzliches Wesen, kindliche Gemüter sehr offen. Zwanglose Unterhaltung nicht denkbar, entweder wird gesoffen oder philosophiert bis zum Stumpfsinn. Sehr intelligent, imponierende Urkraft, aus der viel zu machen ist.

Persönlichkeiten: Gardegeneraloberst Tschuikow: äußerlich groß, breit, imponierende Haltung, etwa die Mittellinie zwischen Gneisenau und dem Filmschauspieler Fritz Kampers<sup>50</sup> haltend, ruhiges und überlegenes Wesen. Einzige Persönlichkeit von überragendem Format. „Retter des Vaterlandes“, hat die Wendung bei Stalingrad

<sup>47</sup> Vermutlich Alphons Gaertner, Mitglied des Parteivorstandes und Wirtschaftssprecher der Liberal-Demokratischen Partei (LPD) der SBZ.

<sup>48</sup> Georg Grosse wurde am 4. 12. 1946 Minister für Versorgung.

<sup>49</sup> Dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (Narodnyj kommissariat vnutrennich del) unterstellter Truppenteil.

<sup>50</sup> Fritz Kampers hält im Aussehen etwa die Mittellinie zwischen Heinrich George und Wolfgang Reichmann.

herbeigeführt. In Rußland sehr populär. Grundzug: selbstbewußt, gutmütig, im Ernstfall brutal.

Interessant.

Gargeneralmajor Kolestnischenko<sup>51</sup>, nicht ganz dasselbe Format, sympathisch, klug, sehr skeptisch, typischer Ukrainer, stammt aus Charkow. Leitet seit einem Jahr die russische Verwaltung von Thüringen, SMA. Sowjetische Militär-Administration. Mehr Intelligenzler als Tschuikow, ursprünglich Metalldreher, dann Student und Soldat. Tschuikow verrät typische Züge der Militärakademie.

Die übrigen russischen Offiziere ein Gemisch von Europäern und Halbasiaten, teils brutal, teils intelligent, im Grunde primitive Barbaren.

### 3. Charakteristik der Deutschen

Man muß genau unterscheiden zwischen der kleinen regierenden Oberschicht und der Masse des Volkes.

Oberschicht: hervorstechend nackter Opportunismus, Methoden und Lebensweise wie in der Nazizeit nur mit umgekehrten Vorzeichen. Der Landespräsident hat sich von den Russen ein Staatsgut geben lassen. Alle hohen Funktionäre werden von den Russen laufend unterstützt. Zum 1. Mai haben die Präsidenten und Chefs der Landesverwaltungen (Landesdirektoren) pro Kopf 10 Pfd. Kaffee, 5 Pfd. Tee, 3 kg Butter und andere Lebensmittel erhalten. Wodka, Wein und Zigarren werden laufend geliefert. Die Häuser und Wohnungen der Funktionäre werden von Russen ausgestattet und ausschließlich für die Deutschen freigehalten. Das Gästehaus der Landesregierung ist das Hotel „Augusta“, das an sehr gute Hotels der Vorkriegszeit heranreicht. Die regierende Clique lebt in einer Art Rausch. SPD. hat sich der Vereinigung mit der KPD. nicht entziehen können. Der führende SPD-Mann – Hoffmann<sup>52</sup> – lehnt zwar die kommunistische Politik ab, glaubte aber der Einigung als theoretischer Marxist zustimmen zu müssen. Die wenigen Bürgerlichen in der Regierung – geführt von Dr. Lukaschek, dem früheren Oberpräsident von Oberschlesien – haben es nicht leicht.

Die Masse des Volkes ist nicht begeistert. Auf der Fahrt durch das Land sah man viel verhärmte und gedrückte Gesichter. Die Menschen fühlen sich unsicher. Ab 9 Uhr abends ist kein Mensch auf den Straßen zu sehen aus Angst vor Überfällen durch die Russen. Die Arbeiterschaft ist über die laufende Demontierung der Fabriken empört. Stichwort: Fassadismus.

Einzelnes:

1. Dr. Rudolf Paul, Präsident des Landes Thüringen, Advokat. Früherer Demokrat. Seit 3 Monaten SEP. Gerissen, schlau, grenzenlos eitel, völlig von den Russen gefangen, da jede eigene Linie aufgegeben. Würdelos. Säufer. Geschickter Redner.

1. Vizepräsident: Busse, Vorsitzender der SEP. Mann im Hintergrund, war im KZ. Buchenwald jahrelang Capo, d.h. also verlängerter Arm der SS. Hauptbetreiber der Bodenreform.

2. Vizepräsident Dr. Appell<sup>53</sup>, Demokrat und Mitläufer.

3. Vizepräsident Dr. Lukaschek. Die einzige Persönlichkeit. Kann sich nicht richtig entfalten, weil er vorsichtig sein muß. Ist Dr. Paul weit überlegen. Die heimliche Hoffnung aller Bürgerlichen. Gut angeschrieben bei den Russen.

<sup>51</sup> Richtig: Garde-General-Major Kolesnitschenko.

<sup>52</sup> Heinz Hoffmann, ab 12. September 1946 Vorsitzender der SED in Thüringen, später Kandidat des ZK der SED.

<sup>53</sup> Richtig: Appelt.



Herr Staas, Chef der Präsidialabteilung, Mitglied der KPD. Früher Journalist bei Hugenberg, im Kriege Intendanturrat in Offiziersuniform, blondgemählter, fetter Mann von 35 Jahren. Völlig korrupt. Engster Mitarbeiter von Dr. Paul. Steht über allen Landesdirektoren und der gesamten Verwaltung.

Oberregierungsrat Wunderlich, Mitglied der KPD. „Chef des Protokolls“, früherer Privatsekretär der Kaiserin Hermine<sup>54</sup>, mit deren Tochter er durchging. Fast alle führenden Beamten sind Mitglieder der KPD. und tragen das Antifa-Abzeichen. Einige wenige gute alte SPD.-Männer, die aus den Gewerkschaften kommen, so der Leiter des Bauwesens. In der Abteilung für Land- und Forstwirtschaft einige gute, fleißige Beamte, Dr. Otto, Dr. Sylla, Dr. Fuchs, Oberlandforstmeister Dr. Wiega, der letzte seinem Posten nicht ganz gewachsen.

4. Die Russische Armee und ihre Stärke<sup>55</sup>

5. Der wirtschaftliche Eindruck

6. Die Bodenreform

Grundlage: Gesetz über die Bodenreform im Lande Thüringen vom 10. September 1945; dazu zwei Ausführungsverordnungen

7. Die Parteien

8. Die Aussichten des Landes

a) wirtschaftlich

b) politisch

#### Dokument 6<sup>56</sup>

In strengstem Vertrauen!

Hamburg, den 17. Mai 1946

An die

*Britische Militärregierung*

Von meinem Standpunkt als Deutscher, der sich klar darüber ist, daß das Aufleben seines Landes auf das Engste mit der Entwicklung der englischen Politik verbunden ist, halte ich mich für verpflichtet, einen Bericht über meine Eindrücke meines vom 11. bis 14. Mai dauernden Besuches in der russischen Zone zu geben. Ich habe dort Gelegenheit gehabt, nicht nur einen tiefen Eindruck von der Russischen Militär-Regierung und den deutschen regierenden Kreisen, sondern auch über die wirklichen Zustände des Landes zu bekommen, der in jeder Hinsicht für einen deutschen Menschen wahrhaft erschütternd war.

Alles geht dort äußerlich im großen Stil. Wenn man das Leben der russischen wie der deutschen Regierungskreise beobachtet, so hat man die Empfindung, in einem reichen Lande zu sein, in dem alle Vorräte in Hülle und Fülle vorhanden sind. Bei zwei größeren Essen und einem Privatempfang bei dem Staatspräsidenten Paul<sup>57</sup> war ich mit führenden russischen Generälen zusammen. Ich saß neben dem russischen Generalobersten Tschuikow<sup>58</sup>, mit dem sich jedesmal eine sehr interessante Unterhaltung entspann. Es gab opulent zu essen, wie es selbst in Friedenszeiten in Deutschland nicht üblich war, noch mehr zu trinken, und man hatte den Eindruck, daß man viel Wodka zu sich nehmen mußte, um nicht in der Achtung der Russen zu sinken. Das Benehmen

<sup>54</sup> Gemeint ist die zweite Frau (1922) des ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm II.

<sup>55</sup> Dieser und die folgenden Punkte der Disposition wurden nicht ausgearbeitet.

<sup>56</sup> Der Bericht Schlange-Schöningens ist in deutscher Sprache entworfen und dann *wörtlich* ins Englische übersetzt worden. Die abgedruckte Fassung stellt das deutsche Original des Berichts dar.

<sup>57</sup> Siehe Dok. 5, Fußnote 39.

<sup>58</sup> Siehe Dok. 5, Fußnote 45.

der russischen Offiziere mir gegenüber war betont höflich, ja liebenswürdig. Ihre äußere Aufmachung war sehr unterschiedlich, vielfach waren sie schlecht angezogen, ohne Manieren, oft unrasiert. Ebenso verschieden war ihre Bildung. Mit einem der Generale diskutierte ich einen Abend stundenlang über Goethe und Shakespeare; sie hatten ihre Werke zwar gelesen, aber man hatte den Eindruck, daß diese abendländische Kultur ihnen nur äußerlich angenommen war, (ohne eine innere Wandlung zu vollziehen<sup>59</sup>). Der bei weitem (überlegenste<sup>60</sup>) Mann war der Generaloberst Tschuikow, der als Verteidiger Stalingrads (- ich glaube als einziger Russe -<sup>61</sup>) den Titel „Retter des Vaterlandes“ bekommen hat. Er war in seinem Auftreten betont bescheiden, liebenswürdig und scheint ein sehr energischer, hochintellektueller Mann zu sein. Da mir gesagt worden war, daß er als langjähriger Militärattaché in China fließend englisch spräche, redete ich ihn auf englisch an, um eine unmittelbare und mehr persönliche Unterhaltung ohne Dolmetscher mit ihm in Gang zu bringen. Er antwortete mir mit einigen liebenswürdigen englischen Sätzen, die damit schlossen, daß er mich bat, mit ihm durch Dolmetscher die Unterhaltung zu führen, da er nicht wünsche, englisch zu sprechen. Diese etwas ungewöhnliche Tatsache und die immer wiederholte Frage sowohl von ihm wie von anderen russischen Offizieren an mich gerichtet wie auch an meinen Begleiter: „Wie stehen Sie sich mit der Britischen Militär-Regierung? Warum hungern Sie in der britischen Zone, hier gibt es soviel zu essen?“ wie auch manche anderen stark hervortretenden Züge lieferten mir immer wieder den Eindruck (des<sup>62</sup>) tiefen (Hasses<sup>63</sup>) der Russen gegenüber Großbritannien.

(Ich möchte daher glauben, daß die russische Generalität wohl den Wunsch hat, jeden Tag über die britische Besatzungsmacht herzufallen, aber abgesehen von der Lage in der großen Politik stehen militärische Machtmittel nach dem, was ich gesehen habe, kaum zur Verfügung<sup>64</sup>.) Der russische Soldat, den ich auf der Straße vielfach zu beobachten Gelegenheit hatte, machte einen denkbar schlechten Eindruck. Die Disziplin wurde mir als nicht sehr gut geschildert. Offenbar kommt der russische Soldat den Offizieren aus der Hand, sobald er ein so hohes Kulturniveau sieht, wie er es in Thüringen vorgefunden hat im Gegensatz zu der ihm früher geschilderten Überlegenheit der russischen Kultur. Wieviel Militär in Thüringen steht und wieviel schwere Waffen namentlich dort sind, läßt sich nicht genau feststellen, da der Russe alles daran setzt, um seine wirkliche Stärke zu verschleiern. (Im Ganzen wird mir von Sachkennern und guten Beobachtern die Stärke der russischen Armee in Thüringen auf 150 000 Mann angegeben; in letzter Zeit sollen zahlreiche Tanks nach Rußland zurückbefördert sein. Wieweit das stimmt, kann ich nicht beurteilen<sup>65</sup>.)

Den schlechtesten Eindruck in Weimar machte mir die deutsche Regierung. Leider muß ich das ganz offen aussprechen, da man sonst die Zustände von außen her nicht verstehen kann. Der Staatspräsident Paul, ein früherer Rechtsanwalt, ist ein eitler Nichtskönner. Seine Regierung, die in größtem Stil aufgezogen ist, als wenn er ein Reich von 100 Millionen Menschen regierte, ist eine Versammlung entweder gescheiterter Existenzen oder wilder kommunistischer Fanatiker, die zum Teil ihre Regierungsfähigkeit allein durch ihre Anwesenheit im Konzentrationslager unter Beweis gestellt haben. Der Staatspräsident gehörte früher mehr nach rechts, hat sich aber

<sup>59</sup> Im Entwurf gestrichen.

<sup>60</sup> Im Entwurf ersetzt durch: bedeutsamste.

<sup>61</sup> Im Entwurf gestrichen.

<sup>62</sup> Ersetzt durch: einer.

<sup>63</sup> Ersetzt durch: Abneigung.

<sup>64</sup> Im Entwurf gestrichen.

<sup>65</sup> Im Entwurf gestrichen.

dann zum Zwecke der Verdrängung seines Vorgängers<sup>66</sup>, der sehr fähig und sachlich gewesen sein soll, der vereinigten sozialistischen Partei angeschlossen. Er würde morgen ebenso Kommunist werden, wenn das zur Haltung seiner Stellung notwendig werden sollte. Soviel ich gesehen habe, gibt es überhaupt nur den Vizepräsidenten Dr. Lukascheck<sup>67</sup> als einzigen Nichtkommunisten in der Regierung. Er war zur Brüning-Zeit Oberpräsident von Schlesien und führte einen schweren Kampf, um das Land von den schlimmsten Schäden zu bewahren. Um ihn zu stützen, was im Sinn einer vernünftigen deutschen und wohl auch einer zielklaren britischen Politik sehr wünschenswert wäre, spreche ich die Bitte aus, das kleine Austauschgeschäft zu genehmigen, das in der Lieferung von 5000 Pferden aus der britischen Zone gegen Sämereien besteht, die wir dringend gebrauchen und die bereits in die britische Zone geschafft worden sind. Einzelheiten bitte ich aus der Anlage zu ersehen.

Das, was einem anständigen Menschen so besonders peinlich auffällt, ist die absolute Würdelosigkeit, mit der diese Menschen dem Sieger nachlaufen – ausgenommen natürlich Dr. Lukascheck<sup>68</sup>, der eine würdige Haltung bewahrt. Sie tun es nicht einmal um ihres Landes, sondern um ihrer Stellung willen. Die Russen sind natürlich klug genug, um diese Situation völlig zu begreifen, amüsieren sich darüber und nutzen diese Puppen aus. Einer der bestgehaßt(est<sup>69</sup>)en Leute ist der sozialdemokratische Führer Dr. Schumacher.

Entsprechend der Haltung der sogenannten deutschen Regierung<sup>(70)</sup> und ihrer rein agitatorisch kommunistischen Einstellung sind die Zustände im Lande zwar etwas besser geworden und nicht mehr so ausgesprochen wild, wie sie es vor einigen Monaten waren, aber es war doch bezeichnend, daß ich bei mehreren Autofahrten immer begleitet war nicht nur von deutscher Polizei, sondern auch von einem russischen Offizier. Immer noch kommen Überfälle am hellen Tage und auf offener Landstraße vor und Autos werden bis aufs Letzte ausgeplündert. Der Generaloberst Tschuikow versucht sicher in dieser Hinsicht alles Mögliche zur Besserung der Verhältnisse zu tun, aber mit seiner Macht ist nicht viel getan. Es war bezeichnend, daß die russischen Grenzposten bei meiner Rückfahrt mich nur mit größten Schwierigkeiten den Schlagbaum passieren ließen. Sie sagten: Wir gehören zur GPU<sup>71</sup>, der Generaloberst Tschuikow hat uns garnichts zu befehlen. Die Bevölkerung ist dauernd in Angst; die anständigen Leute möchten gern (heraus<sup>72</sup>), soweit sie können, und wenn heute frei gewählt werden würde, so würden zweifelsfrei 90 % gegen die Kommunisten stimmen und, wenn sie könnten, die heutigen Regierungsmitglieder aufhängen<sup>73</sup>. Auch die Sozialdemokraten, die sich mit den Kommunisten in der sogenannten Einheitspartei verschmolzen haben, würden gern wieder von dieser Verbindung loskommen, aber jetzt

<sup>66</sup> Dr. Hermann Brill (SPD), der von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzt worden war.

<sup>67</sup> Richtige Schreibweise: Lukaschek. Siehe Dok. 5, Fußnote 42.

<sup>68</sup> Vgl. Anm. 67.

<sup>69</sup> Im Entwurf gestrichen.

<sup>70</sup> Eingefügt: in Thüringen.

<sup>71</sup> Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie (Staats Sicherheitsdienst bis 1934). Gemeint ist eine dem Innenministerium unterstellte Sondertruppe, die den Grenzdienst wahrnahm.

<sup>72</sup> Im Entwurf ersetzt durch: die Zone verlassen.

<sup>73</sup> Am 15. 9. 1946 fanden in Thüringen die ersten Kommunalwahlen statt, am 20. 10. 1946 die ersten Kreis- und Landtagswahlen. Die Ergebnisse in vH (in der Klammer Kreis- und Landtagswahlen): SED 46,4 (49,3), LPD 23,7 (28,5), CDU 16,7 (18,9), VdgB 3,2 (3,3). Quelle: SBZ von 1945–1954, Bonn und Berlin 1956, S. 52 und 54.

ist es zu spät. Politisch herrscht eine neue Art von Naziregiment in kommunistischer Verkleidung.

Zu den niederdrückendsten Erlebnissen meines Aufenthalts gehörte die Besichtigung einiger großer Güter, die mir mit Stolz gezeigt wurden als kommunistische Muster-siedlungen. Diese Güter waren früher hoch intensiv, vollgefüllt mit wertvollem Vieh und leisteten enorme Beiträge zur Volksernährung. Heute waren die großen Ställe leer; auf den Höfen wurden mir die Siedler vorgeführt, keine Bauern, sondern eine völlig bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, deren Charakteristikum war, daß sie früher nichts besessen hatte und jetzt zur kommunistischen Partei gehört. Jeder hatte etwa 20 Morgen Land bekommen, und zwar in lauter kleine Parzellen geteilt. Ich habe mich mit diesen Leuten mit der gebotenen Vorsicht unterhalten. Ihre völlige Unkenntnis landwirtschaftlicher Dinge war in die Augen springend. Sie bilden die kommunistischen Zellen, aus denen man die landwirtschaftliche Berufsvertretung wählen lassen will. Aller Besitz über 400 Morgen ist in Fetzen zerrissen. Der Wald ist bis zu einer Größe von 1 ha auf diese Siedler verteilt, die nun ihr Möglichstes tun, um schnellstens die guten Stämme abzuhauen und zu verkaufen. Man hat den Großgrundbesitz bis zu 400 Mg. theoretisch denen zugebilligt, die nachweisbar antifaschistisch waren, aber nur einem war es zunächst gelungen, diesen Nachweis zu erbringen, nämlich einem Herrn Wenzel in Teutschenthal, dessen Vater<sup>74</sup> am 20. Juli erhängt worden ist. Aber auch diese 400 Restmorgen sind nach wenigen Wochen unter einem fadenscheinigen Grunde weggenommen worden. Es handelt sich eben garnicht um Bodenreform, sondern um Vernichtung der Intelligenz, wie das in Rußland der Fall war. Die größeren Bauern, d. h. die alt Angesessenen, sehen diesen Vorgängen völlig apathisch zu, haben aber garnicht die Möglichkeit irgendeiner Gegenwehr und warten in dumpfer Verzweiflung nur auf den Tag, wo man auch ihnen ihren Hof nehmen wird. Heute steht das Land Thüringen ernährungsmäßig noch günstig da, weil es eine geringe Bevölkerungszahl, viel Ackerland und keine Groß-Städte besitzt. Ich sehe voraus, daß es bei diesem wirtschaftlichen System in zwei Jahren von dem Parade-stück der russischen Zone das es heute ist, zu einem absoluten Hungerlande geworden sein wird.

Zusammengefaßt ist mein Eindruck so :

Die Russen haben weder die Absicht noch die Möglichkeit, offensiv gegen die westlichen Zonen vorzugehen, so groß ihr offener Haß gegen die westliche Kultur und namentlich gegen das Angelsachsentum auch sein mag. Vielmehr sind sie entschlossen, dort fest zu bleiben, wo sie jetzt sind und die von ihnen besetzten Gegenden zu einem Sowjetstaat auszubauen, zugleich dabei möglichst viel Werte nach Rußland herüber zu schaffen, was man an dem zum Teil völlig sinnlosen Ausbau, z. B. von Kabelleitungen, Abbau von Eisenbahnschienen u. a. m. mit eigenen Augen beobachten konnte. Es mag sein, daß sie eines Tages der Einrichtung einer deutschen Zentralregierung grundsätzlich zustimmen werden, aber sie werden durch ihre Haltung in den Einzelfragen die praktische Wirkung einer pflichtbewußten deutschen Regierung (die zunächst einmal mit den jetzt regierenden Deutschen aufräumen müßte<sup>75</sup>) unmöglich machen.

<sup>74</sup> Carl Wenzel, geb. 1875, Eigentümer von 7500 ha Land (größter Saatzuchtbetrieb Europas) und 6 Industriebetrieben, Berater des Vierjahresplans, vor 1933 Mitglied der DNVP und des Stahlhelms, war im November 1943 Gastgeber des „Reusch-Kreises“ von Industriellen, Landwirten und Wissenschaftlern, die den Versuch einer Vorausschau und Revision der Rolle der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege unternahmen. Er kam dadurch in Verbindung zu Goerdeler, der in Teutschenthal Kontakt mit dem „Reusch-Kreis“ aufnahm.

<sup>75</sup> Im Entwurf gestrichen.

In den kurzen Reden, die ich halten mußte, ist es mir zum Glück gelungen, zwischen den Formen der Höflichkeit und den Forderungen der Wahrheit eine politische Linie zu finden, aber es war schwer, und ich war froh, als ich bei dem ersten britischen Grenzposten wieder angelangt war.

Ich darf nochmals bitten, diese Ausführungen in strengstem Vertrauen nur zum persönlichen Gebrauch zu verwenden.

\* \* \*

Es sei mir gestattet, nach reiflicher Überlegung aus den vorstehenden Erfahrungen vom Standpunkt als Deutscher noch einige politische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Bisher war mein Standpunkt, daß es für Deutschland notwendig sei, dem Gedanken einer Zentralregierung erst dann näherzutreten, wenn die russische Zone mit einbegriffen werden könnte. Sonst besteht zweifellos die dringende Gefahr, daß Rußland den Osten Deutschlands für sich allein nimmt; für Deutschland ein furchtbarer Verlust, für England eine schwere dauernde Drohung, wenn die Russen sich für lange Zeit an der Elbe etablieren. Ich glaube nicht, daß im Augenblick Kriegsneigungen in Rußland bestehen, aber das kann sich sehr schnell ändern und es wäre eine Kleinigkeit für Rußland, einen Überfall auf die Westgebiete vorzubereiten. Infolgedessen wäre England gezwungen, große Truppenmassen für die Dauer in seiner Zone zu unterhalten, sonst könnte es über Nacht sein Vorland verlieren und angesichts der Schwäche des ewig revolutionierenden Frankreichs in dieselbe Situation gebracht werden, wie Hitler sie 1939 schuf. Ich maße mir nicht an, einen überflüssigen Rat geben zu wollen, trotzdem ich englischen Freunden schon im Jahre 1936 (die Kriegsverhältnisse<sup>76</sup>) vorausgesagt habe. Aber für Deutschland würde eine solche gefährliche Situation bedeuten: entweder dauernde sehr starke Besetzung durch die Westmächte, was wirtschaftlich schwer zu ertragen wäre, oder Kriegsschauplatz und völlige Zerstörung.

Durch eingehende Beobachtung der Thüringer Verhältnisse habe ich die Überzeugung mitgebracht, daß die Russen dieses Land für lange Zeit nicht räumen werden. Sollten sie es doch scheinbar tun, so nur so weit, daß sie in keinem Fall ihren politischen Einfluß aus der Hand geben würden. Die Ereignisse in Persien<sup>77</sup> scheinen mir für diese Methode bezeichnend zu sein. Rußland ist auf dem Wege, in Thüringen einen kommunistisch durchorganisierten Sowjet-Pufferstaat aufzurichten.

Also auch im günstigsten Falle sehe ich keine Möglichkeit, eine wirksame deutsche Zentralregierung bis an die Oder aufzurichten, abgesehen von den unerhörten Schwierigkeiten der Verproviantierung dieser völlig zerstörten Gebiete, die wirtschaftlich wieder aufzurichten Jahre harter Arbeit und unendliche Zuschüsse kosten wird. Ohne geordnete Verwaltung (einer<sup>78</sup>) Polizeihöhe ist jede Regierungsmöglichkeit ausgeschlossen. Derartiges aber würden die Russen nicht zulassen, solange sie auch nur einen schwachen Einfluß haben.

Wenn man also nicht auf das Wunder eines grundsätzlichen und baldigen Umschwunges warten will, auf das man in der Politik nicht rechnen darf, dann entsteht die Frage, ob die Zustände in den 3 westlichen Zonen weiterhin so bleiben kön-

<sup>76</sup> Im Entwurf ersetzt durch: den kommenden Krieg.

<sup>77</sup> Nach Kriegsende kam es zu Spannungen zwischen der persischen Zentralregierung und der UdSSR, die separatistische Bestrebungen der persischen (kommunistischen) Tudehpartei in Aserbeidschan unterstützte. Trotz mehrerer iranischer Beschwerden beim Welt-sicherheitsrat zog die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus ihrer Besatzungszone zurück. Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1946 spitzt sich die Lage zu. Im April weist das irani-sche Parlament sowjetischen Druck zur Gründung einer „Vereinigten Russisch-Persischen Ölgesellschaft“ zurück.

<sup>78</sup> Im Entwurf ersetzt durch: und ohne.



nen wie bisher. Ich glaube es nicht. Ich spreche offen aus: Deutschland, das sich heute schon in tiefster wirtschaftlicher und seelischer Depression befindet, wird über kurz oder lang an zwei Dingen zugrunde gehen: der Kohlenausfuhr<sup>79</sup> und den Zonengrenzen. Wenn diese Situation noch lange andauert, wird Deutschland in einen gefährlichen politischen Zustand geraten, der es eines Tages reif für eine aktive russische Politik machen wird, sei sie nun militärisch aggressiv oder nur politisch und propagandistisch expansiv. Beides wäre gleich verhängnisvoll, für Deutschland vernichtend, für England in höchstem Maße gefährlich. Zweifellos wird es den großen Frieden, den England herbeizuführen wünscht, ohne ein befriedetes Mitteleuropa niemals geben.

So schmerzlich das für einen Ost(menschen<sup>80</sup>) ist, der seine Heimat verloren hat, muß ich aus diesen Erwägungen doch die klaren Schlußfolgerungen für den Rest meines Vaterlandes ziehen: es scheint mir keinen Zweck zu haben, sich von den Russen in endlosen Verhandlungen hinhalten und währenddessen die westlichen Zonen immer mehr schwächen zu lassen. Vielmehr habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es vielleicht nach einem letzten kurzfristig begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, unbedingt notwendig ist, die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren: Deutsche Zentralregierung mit Exekutivgewalt unter der Kontrolle der Westmächte, Aufhebung der Zonengrenzen, Lösung des Ruhrproblems und, wenn möglich – und gemeinsam mit Amerika dürfte das wohl möglich sein – ein zweijähriges Moratorium<sup>81</sup> für Deutschland, damit endlich ein wirtschaftlicher Aufbau (möglich ist<sup>82</sup>) und auf diese Weise ein wirtschaftlich und politisch gesunder und fester Block gegen die russischen Bestrebungen geschaffen werden kann, der einen (festen<sup>83</sup>) Anschluß an die westeuropäische Politik und Kultur findet.

Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben. Bleibt aber der jetzige Zustand, so fürchte ich, daß bei zu langem Herausögern einer Entscheidung eine ähnliche Gefahr heraufziehen wird, wie sie für die ganze Welt einst durch Hitler entstand, (der<sup>84</sup>) man bei rechtzeitiger Erkenntnis leicht hätte stoppen können.

Ich bitte, mir meine Offenheit nicht zu verübeln. Wenn auch als Leiter eines Spezialamtes, sitze ich in meiner Stelle ja nicht nur, um Kartoffeln zu bauen, sondern mit der langjährigen Erkenntnis, daß die Gesamtpolitik entscheidend ist. Darum übermittele ich Ihnen diese Gedankengänge in tiefster Sorge um den Restbestand meines Landes, als deutscher Patriot, der ich bin und bleiben werde, der zugleich aber nur in engster und loyalster Zusammenarbeit mit der Politik Großbritanniens die einzige Rettungsmöglichkeit Deutschlands sieht.

<sup>79</sup> Der Kohlenexport aus der britischen Zone betrug 1946 23,8 vH der absatzfreien Fördermenge, d. h. nach Abzug des Zechenselbstverbrauchs, der Einsatzkohle und der Deputate.

<sup>80</sup> Im Entwurf ersetzt durch: deutschen.

<sup>81</sup> Diese Forderung bezieht sich auf Zwangsexporte deutscher Rohstoffe ebenso wie auf Demontagen deutscher Industrieanlagen zu Reparaturzwecken. Tatsächlich gingen beide Eingriffe in die wirtschaftliche Substanz der Westzonen im folgenden Jahr spürbar zurück. Der Zwangsexport von Kohlen sank auf 18,3 vH der absatzfreien Menge, und der Interalliierten Reparationsagentur wurden 1947 nur noch demontierte Anlagen im Umfang von rund 10 vH der Gesamtdemontagen übergeben (1946: 40 vH).

<sup>82</sup> Im Entwurf ersetzt durch: in Gang kommt.

<sup>83</sup> Im Entwurf ersetzt durch: entschlossenen.

<sup>84</sup> Im Entwurf: die.